

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausd. Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichs-Verkaufsstellen angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für anvertraute eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Quittungsbogen „Saale-Ztg.“ gefolgt.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; bei hiesiger Redaktion Nr. 176; bei Rheinisch-Westfälischer Zeitung Nr. 1133.

Saale-Zeitung.

Sechshundertzweiter Jahrgang.

wenden die kaiserlichen Kolonialisten aber dem Mann mit 30 Jhr., welche aus Halle mit 30 Jhr. bestimmt sind in anderen Anstalten und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Helten die Seite 73 Hr. für Halle, auswärts 1 M.

Erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandenstraße 17; Werbungsstellen: Markt 24.

Nr. 16.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. Januar.

1912.

Drohen neue Marokko-Schwierigkeiten?

Was seit Wochen erwartet wurde, ist in Paris eingetreten: der französische Minister des Auswärtigen des Selves ist zurückgetreten, und der laufende Erbe seines Portefeuilles ist Herr Theophile Delcassé geworden.

Man muß, wie gewöhnlich bei politischen Vorgängen in Paris, unterscheiden zwischen Anlaß und Grund. Der Anlaß der Ministerkrise, die Verärgerung der Mitteilung der auf die nichtoffizielle deutsch-französische Gegenüberhandlung über Marokko bezüglichen Schriffsätze, ist verhältnismäßig gleichgültig, und der Sturz des Selves vom Standpunkt der Fürsorge für die würdige diplomatische Vertretung Frankreichs in auswärtigen Angelegenheiten nicht einmal zu tadeln.

Die haben recht behalten, die voraussetzten, daß der Abschluß der Marokkoverhandlungen in Wahrheit den Beginn neuer Kämpfe bedeute, und wir werden noch ein Weilchen zu warten haben, bis uns Herr Cambon auf die Frage: „Wann wird das französische Parlament unsere Abmachungen bestätigen?“ die genaue Antwort wird geben können.

Zalls Herr Delcassé und seiner Kollegen entspricht und als Triumphator und Staatsretter wieder in das Ministerium eintritt, aus dem ihn einfl, wie sich die Franzosen einbilden, Deutschlands Einspruch vertrieben, so hat der „Gnom“ sich diese Genugtuung recht über, wie seine Feinde meinen dürften, unredlich verdient.

Die Grundlage der preussischen Kreisverfassung bilden die drei Wahlverbände der Städte, der Großgrundbesitzer und der Landgemeinden. Die Zahl der Stadtvertreter wird nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Kreise bestimmt.

Das wir nun als Folge des Ministerwechsels in Deutschland seit Monaten anhängigen, wirklich haben werden, ist bei Delcassés großer Klugheit im höchsten Grade unwahrscheinlich, wenn man auch häufig die Lage von 1912 mit der von 1756 verglichen hat.

Ueberraschend ist, was der C. A. S.-Mitarbeiter der „S. J. a. M.“ gelsenichtig der Marokkofrise erfahren haben will: Er sagt, in Berliner wochenschriftlichen Kreisen werde erzählt, daß im Gegensatz zur Bereitwilligkeitserklärung des Herrn von Heeringen — und seiner Heer ist schlagfertig — Herr von Tirpitz und die Seeherrlichen unter seiner Hofhaltung dem Kaiser pflichtgemäß die Möglichkeit eines Krieges als nicht in die augenblickliche Situation Deutschlands passen geschildert haben.

In dem heutigen Ministerrat, der um 2 Uhr zusammentrat, wurde Delcassé endgültig das Portefeuille des Ministers des Auswärtigen übertragen. Der Name seines Nachfolgers ist noch nicht bekannt.

Kreisverwaltung und Großgrundbesitzer.

Für die Verwaltung auf dem Lande sind Kreisrat und Kreisverwaltung von der größten Bedeutung. Es ist bekannt, daß der Kreisrat wirtschaftliche Aufgaben von enormer Tragweite zu lösen hat, wie die Verbesserung der ländlichen Produktionsbedingungen durch Bodenmelioration, Kanalbau und -erhaltung, Bau von Straßen, Kleinbahnen, Elektrizitätswerken und dergleichen.

Die Grundzüge der preussischen Kreisverfassung bilden die drei Wahlverbände der Städte, der Großgrundbesitzer und der Landgemeinden. Die Zahl der Stadtvertreter wird nach dem Verhältnis der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Kreise bestimmt.

Die einzelnen Verbände die Bevölkerungsziffer maßgebend sein, so können die Großgrundbesitzer 3, 2, in Ostpreußen 14,6 Prozent der Abgeordneten zu. In Wirtschaftlich haben diese Herren durchschnittlich 41 Prozent aller Abgeordnetenmandate inne.

Die Konservationen berufen sich bei der Verteidigung des elenden preussischen Wahlrechts auf den Grundloß: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Sie seien daraus ab: Wer viele Steuern bezahlt, der muß auch viel zu reden haben.

leistung der Verteilung der Abgeordneten des Kreises auf die einzelnen Wahlverbände zugrunde; das Bild wird dadurch für die Großgrundbesitzer wahrlich nicht günstiger. Statt der 41 Prozent aller Mandate, die sie inne haben, können ihnen alsdann nur 25,2 Prozent zu. Und legen wir das Material, welches uns aus 84 Kreisen Preußens zur Verfügung steht, der Berechnung zugrunde, wir erhalten das gleiche verbläufige Resultat: Den Städten können hierdurch, ihrer Steuerleistung entsprechend, ein volles Viertel ihrer bisherigen Mandate mehr zu. Auch die Landgemeinden hätten alsdann 1/3 Mandate mehr zu verlangen, während die Großgrundbesitzer ein volles Drittel ihrer bisherigen Mandate einbüßen müßten.

Die Konservationen sind aber selbst mit der heutigen Verteilung der Kreisabgeordneten nicht zufrieden und haben im preussischen Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der geeignet erschiene, die Macht der Großgrundbesitzer in den Kreisrat noch zu vergrößern. Die Liberalen haben diese ungerechtfertigte Forderung entschieden zurückgewiesen und die Interessen der Landgemeinden und der Städte warm verteidigt.

Deutsches Reich. Die Sicherheit unserer Kolonien im Kriegsfall.

Vom Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft Herr von Johann Albrecht von Westfahlen ist schon eine Kommission, bestehend aus erprobten Kolonialisten, einberufen worden, die sich mit der Frage der Sicherheit unserer Kolonien im Kriegsfall beschäftigen soll. Diese Frage ist in letzter Zeit mehrfach aus Anlaß der verschiedenen politischen Ereignisse des letzten Sommers in kolonialen Kreisen erörtert worden. Dabei handelt es sich weniger um den Schutz der Kolonien von außen her, wie um das Verhalten der Eingeborenen bei kriegerischen Bewidlungen des Mutterlandes.

Prof. Harnack über den deutsch-italienischen Presskrieg.

Der deutsch-italienische Presskrieg entspricht nicht im geringsten den Interessen Deutschlands und des Dreieubundes. Deshalb sind die Worte sehr beherzigenswert, die Professor Harnack in der Münchener Wochenchrift „Nizza“ an die öffentliche Meinung in Deutschland und Italien richtet.

Reichstagskandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen für Halle-Saalkr. ist Stadlv. Plautsch.



darüber zu spotten. In Deutschland aber hat man vielfach nicht nur die Tripolis-Aktion nicht verstanden, sondern es war, als hätte man darüber auch das Verständnis für die frühere Geschichte und Entwicklung Italiens verloren. Ich habe Artikel gesehen, in denen das Bemühen von der Gleichgültigkeit der Einigung Deutschlands und Italiens ganz ausgeschlossen, in denen über das „Richtigen“ über die Erhebung Italiens ein geschätzter Begriff zum Einheitsstaat adlige Bemerkungen gemacht wurden. Und das wenige Monate nachdem die selben Zeitungen aus Anlaß des italienischen Einheitsjubelums begeisterte italienfreundliche Artikel gebracht hatten, ein Jahr, nachdem man überall das Andenken Canovus zu seiner Hundertjahrfeier mit Bewunderung begangen hatte!

Auch wenn wir annehmen wollten, das Tripolis-Unternehmen sei ein großer Fehler Italiens, kann dieser Fehler für uns Anlaß sein, unsere ganze Stellung zum Königreich Italien, zum italienischen Volk zu verändern? Und weiter: Kann er ein Anlaß sein, die Bundesgesellschaft Deutschlands und Italiens zu beheben?

Wir müssen uns fragen, das Verbleiben Italiens im Kreise für das friednerhaltende Gleichgewicht der Welt in Europa erforderlich ist. Durch sein Auscheiden würde Italien unbedingt in den Machtbereich der Triple-Entente gezogen werden, und diese würde damit einen Machtzuwachs erhalten, der die Verletzung, den Kampf um die Vorkäuflichkeit in Europa zu wagen, sehr bedenklich steigern würde. Der Gedanke des Dreubundes, der gerade jetzt durch die Bevölkerung der Denkmüdigkeiten Crispis uns in der Bismarckschen Genialität seiner Konzeption wieder lebendig gemacht wird, hat seine besondere Bedeutung auch noch über den heutigen Tag hinaus.

Aber auch abgesehen von allen politischen Konstellationen und Erwägungen ist die heutige Gerichtigkeit zwischen zwei so lange nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich verbündeten Kulturvölkern ein Zustand, den jeder Zerkünder nicht weit befremdender finden wird, als den ganzen italienisch-französischen Krieg. Hier liegen die verzerrungsvollen Keime einer Entzweiung, die für unser ganzes Kulturleben tief bedauerlich wäre. Wie schwer liegt unsere Kultur schon unter dem ererbten deutsch-französischen Gegensatz, in neuerer Zeit ist noch ein deutsch-englischer hinzugekommen. In jeder das Seine, das nicht auch noch ein deutsch-italienischer Gegensatz darunter werde! Die Vertiefung der großen Kulturkrisen ist das schismatische Hindernis des Kulturfortschritts.

Aus dem preussischen Handtag.

Nach einer Mitteilung des Bureau des Abgeordnetenhauses sind im Vorlesung der preussischen Staatsregierung am 13. d. M. und den nachfolgenden Tagen zu erwarten: der Staatshaushalt für den Entwurf des Haushaltsjahres, die Steuererläge. (Das ist von vornherein ein umfangreiches Arbeitspensum, das aber noch erheblich durch weitere Regierungsvorlagen, durch Interpellationen und Anträge der Parteien und durch zahlreiche bereits vorliegende Petitionen sich vergrößern wird.)

„Nicht um eine Million ...“

Aus Schleswig-Holstein. Den Eubäer Nachrichten wird aus Schleswig folgendes berichtet: Im benachbarten Nöbden lebt der Postkammerer Herr Matthiesen, zu dem sich kürzlich ein Mann gelehrt, der ein Engländer zu sein schien. Er knipste ein Gespräch mit Matthiesen an und fragte ihn, wie lange er schon die Post nach den Halligen bringe. Auf die Antwort „Ja, seit meine Frau“: „Da müssen Sie in den Gemeinden ja einen Pöbel haben!“ Der Schiffser sagte: „Ich bilde es mir wenigstens ein!“ Auf die weitere Frage, was er tun würde, wenn er von einem feindseligen Seemann „aufgefischt“ würde, bekam der Herr die ihn verblüffende Antwort: „Ich würde an Bord gehen und das Geschwader auf der ersten besten Sandbank an Strand legen. Ein Fregate verläßt sein Vaterland nicht um eine Million!“ Nach dieser Abfertigung zog der neugierige Herr es vor, zu verschwinden.

Bei den bisher so überaus günstigen Witterungsverhältnissen dieses Winters zur Ausführung von Hochbauten hat das Meiereigebäude der obersten Verwaltungsstellen mit den beiden Fronten in der Königs-Allee und der Vorderseite in Berlin in seiner Vollausführung auch während der letzten Monate keine Fortschritte gemacht. Für die Fortführung des Baues kommen im neuen Rechnungsjahr als dritte Rate nicht weniger als drei Millionen Mark zur Einweisung in den Etat, nachdem für das laufende Rechnungsjahr nur 450 000 Mark als zweite Rate, und für das Jahr 1910 nur 750 000 Mark zur Verfügung standen. Die Gesamtkosten einschließlich der späteren Geräteausstattung für den Gebrauch und für eine Zahlsumme sind auf 6 950 000 Mk. veranschlagt worden.

Wahrscheinlich hat der bisherige nationalliberale Abgeordnete für Dresden-Alteich, Bangelrieder Direktor Dr. Heine, die sogenannte Heine-Wagner-Unternehmung. Herr Heine ist in seinem alten Wahlkreise wieder aufgeführt, und der Ortsausschuß Dresden der Volkswirtschaft Deutscher Journalisten und Schriftsteller hat daher angefragt, wie er sich künftig bei einer Wiederwahl zur Heine-Wagner-Unternehmung verhalten würde, daß diese Materie im neuen Strafgesetzbuch geregelt werden solle, das aber bestimmt den nächsten Reichstag nicht beschließen werde.

Das Oberverwaltungsgericht hatte in einem Rechtsstreit Entscheidung zu treffen, welchen eine Stadt S. wegen einer Zwangsabfertigungsvereinbarung gegen den Regierungspräsidenten erhoben hatte. Da die Stadt es ablehnte, einem Polizeibeamten 150 Mk. pensionsfähigen Wohnungszuschuß zu gewähren, erging nach erfolgter Feststellung eine Zwangsabfertigungsvereinbarung, welche die Stadt durch Klage anfocht. Das Oberverwaltungsgericht erkannte jedoch auf Abweisung der Klage, indem u. a. ausgeführt wurde, daß Zwangsabfertigungsvereinbarungen habe das Oberverwaltungsgericht nur die Rechts- und Gehaltsmäßigkeit, nicht die Notwendigkeit und Angemessenheit zu prüfen. Die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit konnte nur geprüft werden, indem die Feststellungsvereinbarung im Wege der Beschwerde beim Minister angefochten worden wäre. Die Rechts- und Gehaltsmäßigkeit der angefochtenen Vereinbarung ergab sich aus dem Polizeiverwaltungsgesetz vom 11. März 1850; hiernach sind die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung fast ohne Ausnahme von der Gemeinde zu tragen. Der Regierungspräsident war demnach befugt, die angefochtene Zwangsabfertigungsvereinbarung zu erlassen.

Wie verlautet, dürfte die nächste internationale Konferenz für Eisenbahntechnik am 4. Juli 1912 in London auf Einladung

der englischen Regierung zusammenzutreten. Auf ihr werden alle Regierungen, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, also auch die deutsche, vertreten sein. Die Gesamtzahl der auf der Erde bestehenden sieben Zonenkongressorganisationen beläuft sich auf etwa 1100. Davon entsenden auf die Union 248, auf Großbritannien 93, auf Deutschland 83, auf Rußland 88, auf Frankreich 40 und auf Kanada 51.

Not- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm im Neuen Palais bei Potsdam die Vorträge des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Bredenbach und des Chefs des Zivilkabinetts Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen.

Ordensverleihungen.

Der Orden des Kommenturkreuzes 1. Kl. des Königlich-Württembergischen Friedrichordens ist dem Direktor im Reichspostamt Kobelt verliehen worden.

Den Orden des Kommenturkreuzes des Ordens der Königlich-Württembergischen Krone hat der Wirkliche Geheime Oberpostkommissar in Reichspostamt erhalten.

Das Ritterkreuz 2. Kl. des Königlich-Sächsischen Adrehtens wurde dem Oberpostsekretär Selme an n in Leipzig, der Orden des Ritterkreuzes 2. Kl. des Königlich-Sächsischen Ehrenfürstlichen Hausordens dem Kolibrider Schmitz in Bad Wildungen und dem Oberpostinspektor Bred in Leipzig verliehen.

Den Telegraphenleiter des Zimmermann in Bad Wildungen und Gre in Altenburg (S.-M.) und Böhn in Koblenz (S.-M.) wurde das silberne Verdienstkreuz des Ordens verliehen.

Marx über Freihandel und Schutzoll.

Wir lesen in der „Nationalist“ Folgendes: „Der „Vorwärts“ löst heute abermals einen seiner Schriftgelehrten der „historisch-ökonomischen“, „materialistischen“ Wirtschaftswissenschaft“ auf seine Leser los. Danach verneuert die Schutzollpolitik die Lebenshaltung, verlangsamt die Steigerung des Arbeitslohnes, steigert den Gehalt der Staaten untereinander um. Dieser „wissenschaftliche“ Mitarbeiter des sozialdemokratischen Zentralorgans ist in der eigenen Parteiliteratur seltlich zu Hause; wenigstens kennt er nicht einmal den „großen Arbeiter Marx“, nach dessen Ansichten er sich doch zu richten hat. Dieser hat, wie wir hier schon mehrfach nachweisen, seine Verantwortung ausdrücklich dahin behauptet, daß das Schutzollsystem im Wirtschaftsleben und also auch im Interesse der Arbeiterschaft liegt; daß der Freihandel aber zerstörend, verelendend, revolutionierend wirkt, und daß die Sozialdemokratie deshalb also nur eine Freihandelspartei sein dürfe.“

Marx (vergl. Schmoller, Grundriss der allgemeinen politischen Wirtschaftslehre, 2. Teil, Seite 600) sah in der damaligen englischen Freihandelsagitation gegen die Kornzölle nur eine Agitation für billige Weine und Gewinnserhöhung: „Der Freihandel werde das Elend der selbsttätigen arbeitenden Arbeiter vermehren, die Härte der ökonomischen Gesetze steigern. Der Freihandel sei heute nur die Freiheit des Kapitals, der internationale Freihandel sei die internationale Ausbeutung. Die Freihändler begriffen freilich nicht, daß sich ein Land auf Kosten des anderen bereichern könne, aber das sei nicht wunderbar; dieselben Herren begriffen ja auch nicht, daß innerhalb der wirtschaftlichen Freiheit und freien Konkurrenz die eine Klasse auf Kosten der anderen sich bereichere.“ Man könnte danach erwarten, daß Marx den Schutzoll gutheiße. Daraus ist aber nicht die Rede; der Freihandel ist ihm „die Waffe der Bourgeoisie gegen den Feudalismus und die Staatsgewalt; das Schutzollsystem ist konterrativ, der Freihandel wirkt zerstörend, zerstört die Nationalität, treibt den Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auf die Spitze, er beschleunigt die soziale Revolution.“ Nur in diesem revolutionären „einem Sinne“, ruft Marx, „stimme ich für den Freihandel.“

Nach dem heutigen „Vorwärts“ aber ist es der Schutzoll, der zerstörend wirkt und den Gegensatz auf die Spitze treibt. Es wird Zeit, daß Herr Babel in der „Vorwärts“, Redaktions wieder einmal nach dem Rechten sieht und ihr beibringt, wie sie schreiben soll, in dem er ihr warnend das Schicksal der „eblen Sedgs“ in die Erinnerung zurückruft.

Ausland.

Die Drachen-Republik.

Nacht die Entscheidung?

Nachdem die Verhandlungen zwischen den Republikanern und den Kaiserlichen abgebrochen sind, hat die Regierung in Peking die Erwartung und Hoffnung, daß sich die Revolutionäre nach Norden wenden und so Gelegenheit zu einer entscheidenden Schlacht geben werden, da sie selbst infolge des Mangels an Mitteln aushalten ist, genügend Truppen nach dem Süden zu senden, um sich den Sieg zu sichern. Die Aufforderungen von Schani und Schensi rufen vereint auf Honanfu. Eine Entlastung der Kaiserlichen, die nach Schensi kommen Verhandlungen nach Norden herbei. Die Kaufleute von Tientsin befürchten, daß die Kaiserlichen Offiziere, die unangenehmere der Tientsin verlassen, so daß der Kaufmannhandel von Tientsin gefährdet erscheine.

Die Befehle von der Bahnhofsstation Pekin-Schanghai durch die Truppen der Mächte wird in Peking wie in Schanghai nach dem heute vorliegenden Depeschen des „Daily Telegraph“ und des „Memorandum“ als bestimmtes Ansinnen aufgeföhrt, daß die Kaiserliche Regierung wie die fremden Gesandtschaften weitere Bemühungen zur Erreichung einer Verständigung zwischen den Kaiserlichen und den Republikanern für ziemlich hoffnungslos halten.

In der Tat deutet alles darauf hin, daß die Republikaner eifrig für einen Feldzug im Frühjahr rüsten. Republikanische Agenten sind in Japan eingetroffen, um Magazinsgelder zu kaufen.

Zunächst hat allerdings am Sonnabend Mittaglang abermals und unter Ansehnlichen freien Geleits eingeladen, nach Peking zu kommen, um dort die Verhandlungen mündlich fortzusetzen. „Daily Telegraph“ meldet aber, daß es sich um Verhandlungen, die in Peking eingetroffen sind, und die Revolutionäre nicht verlassen. Die Kaiserlichen Truppen sind ebenfalls abgedrängt. Die republikanischen Truppen haben deshalb Befehl erhalten, nach dem Norden abzugehen.

Die Lage verschlechtert sich für die chinesische Regierung noch dadurch, daß

Rußland ungewöhnliche Forderungen

an den chinesischen Kaiserthron richtet. Aus Peking wird nämlich nach London gemeldet, Rußland habe telegraphisch eine Reihe von Forderungen gestellt, die der Anerkennung eines Protektorats über die Mongolei gleichkommen. Rußland verlangt, daß China keine Truppen in die Mongolei entsende und keine Auswanderung in die äußere Mongolei gestatten solle. Rußland fordert weiter für sich das ausschließliche Recht, in der äußeren Mongolei Eisenbahnen zu bauen und zu betreiben und daß die Verwaltung mongolischer Angelegenheiten ausschließlich in den Händen von Mongolen liege. Obwohl China angeblich die Oberhand behält, müsse jede in der Verwaltung geplante Veränderung zuerst von Rußland gebilligt werden. Ganz nebenbei bemerkt Rußland, daß es russische Truppen in der Mongolei entsende. Diese Forderungen Rußlands enthalten geradezu den Gedanken einer

Aufstellung Chinas.

Recht beziehend für Rußlands Aspirationen ist es, daß der russische Gesandte in Peking die chinesische Regierung davon in Kenntnis gesetzt hat, daß er auf die russische Note eine baldige Antwort erwarde.

Ein russisches Mongolei-Detachement nähert sich auch bereits der chinesischen Grenze bei Kjaota, angeblich, um die angrenzende Mongolei von ungewissen Aggressionen der Chinesen zu schützen und diese über Verhandlungen nach der Mandchurien zu bringen, wo sie angestellt werden sollen.

Rußlands Vorgehen hat in London natürlich große Bestimmung hervorgerufen. Die maßgebenden englischen Kreise meinen, Japan ist in offenbarer russischer Annexion der Mongolei zu Englands Sache sei es, das Wesentliche der notwendigen Aufgaben nicht zu bestreiten, sondern seine eigenen Interessen hinzuzustellen. Wenn nötig, müsse es Präzedenzfälle setzen ergreifen.

Rußland und Verden.

Kein Abrücken Rußlands?

Das russische Ministerium des Neuherrn demittiert das Gerücht über eine geplante Einlegung eines russischen Kräfte in Teheran in Teheran. Es liegt keinerlei Grund vor, die Strafexpedition auf Teheran auszudehnen. Das Ministerium bekämpft, daß die Siphahat, der bei der Vertreibung des Schahs eine große Rolle spielte, zum Generalkommandeur von Teheran ernannt werden soll.

Weiter stellt das Ministerium das Gerücht in Abrede, daß die russische Regierung mit der Forderung einer neuen Pension für den Grafen a herorgetreten sei. Die russische Regierung unterläßt den ehemaligen Schah weder direkt noch indirekt. Was die Behauptungen von der bevorstehenden Teilung Persiens zwischen England und Rußland betrifft, so erklärt die russische Regierung ganz kategorisch, daß keinerlei Wunsch bestehe, das russische Territorium durch das revolutionäre Persien zu vergrößern. Es habe keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Rußland in dieser Frage stattgefunden. Nicht einmal der Gedanke an eine Teilung einzelner Gebiete Persiens sei aufgetaucht. Die Unterlegung der Vorgänge in Teheran habe dokumentarisch bewiesen, daß die Teheraner Siphahat im Verein mit den russischen Armeniern ein Blutbad in Teheran veranlassen hätten. Weder die russischen Behörden in Teheran noch in Teheran hätten daran teilgenommen.

Spaniens afrikanische Militärprojekte.

Aus Madrid wird dem „S. T.“ unterm 10. Januar drachlich gemeldet:

In dem gestrigen, nach acht Uhr abends beendeten Ministerrat referierte der Kriegsminister über das Projekt, in Afrika ein Freiwilligenkorps sowie ein Eingeborenenkorps zu bilden. Beide sollen den zur einer obligatorischen Militärpflicht, derovollständig. Der Generalstab des Heeres soll reorganisiert werden. Wäglich der französisch-spanischen Verhandlungen verlas der Minister des Neuherrn einen für Spanien sehr günstigen Artikel der Londoner „Times“. Die Verhandlungen in der Aufzugkassette von Cullera vor dem obersten Kriegs- und Marinerrat wurden gegen Schluß des Ministerrats beendet. Das Urteil wird voraussichtlich heute nachmittag gesprochen werden.

Aus Melilla wird gemeldet, daß das Todesurteil an dem eingeborenen Polizisten Mohamed ben Ahmed Urtiaga, der kürzlich verurteilt, mit seinen Waffen zu der feindseligen Harat überzugehen und bei seiner Verhaftung auf seine Kameraden feuerte, durch eine Abteilung der eingeborenen Polizei vollzogen wurde. Mohamed, der bis zum letzten Augenblick völlig unbedeutlich blickte und die Verlesung des Todesurteils fast lächelnd angehört hatte, wurde erschossen.

Aus Ushaba wird telegraphiert: Zwei französische Leutnants und ein Juave, die in der Umgebung von Deddu jagten, wurden von fünf Marokkanern angegriffen. Ein Offizier und der Juave wurden schwer verletzt. Von den Marokkanern wurde einer getötet und einer verletzt. Die anderen entflohen, als Beute nachh.

Der Wahlkampf.

Aus dem Mandelkreise. Am 9. Januar hielt der liberale Verein eine Versammlung in Gilmesh. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Kandidat sprach hauptsächlich über kühnliche und Arbeiterfragen. Die zahlreich erschienenen pendelten ihm reichlichen Beifall. In der Diskussion sprach ein Sozialdemokrat. Seine Ausführungen wurden im Schlußwort des Referenten überlegt. Nebenfalls war die Versammlung ein voller Erfolg für die liberale Sache. — Die Agitation im Mansfeldkreise ist durch einen gewissen Druck sehr beinträchtigt. So haben Treiberkreise es vermocht, daß den freiliegenden viel total in der ganzen Stadt Einwohnern, in den großen Orten Oberörsingen am See, Schönebeck, Panitzsch, Meisdorf, Panitzsch und Köthen durch die Verlesung gestellt wurde. Wirte, die ihr Lokal bereits zugewandt hatten, erteilten hinterher — Blögen! Treiber hat die liberale Sache im Mansfeldkreise nachhändig zugestiftet und auch die Mächten der Konservern in ihren Kandidaten verlangen nicht mehr.

Verhinderung an der Ausübung des Wahlrechts.

Erfreulicherweise hört man allertorts, daß die verzeich- neten Behörden Vorkehrungen treffen, um möglichst allen Be- amten und Angestellten die Ausübung des Wahlrechts zu er- möglichen. Unjocher muß man sich wundern, daß die zen- tralen Instanzen in dieser Beziehung absichtslos seien. Der staatsministeriell. Ausschuß, das Kultusministerium veranlaßt und dessen zweiter Teil nach den Wahlrechts- fällen (oben begonnen hat), gibt Hunderte von Be- amten nach der Reichshauptstadt, die infolgedessen ihr Wahlrecht nicht ausüben können. Auch sind vom Kultus- ministerium 23 Justizbeamte seit zum zweiten Teil des Kur- sus kommandiert worden, für die das Gleiche gilt. Eine Ver- schiebung des Termins hätte sich wohl ohne besondere Schwierig- keiten ermöglichen lassen. Daß das nicht geschehen ist, ist außerordentlich bedauerlich.

Zweifelhafte Anparteilichkeit.

Die Ernennung von Reichstagskandidaten zu Wahlvorsteher, über die wir neulich schon aus Schiller'schen Briefen wußten, scheint dort nicht weniger zu sein. Besteht die vor- genannte Ernennung von „Boten a. d. Rielengasse“ aus dem Volkstreffle Ewensberger beruht:

„So ist von Landratsamt zum Wahlvorsteher von Crum- mals der Kandidat der konservativen Partei und des Bundes der Landwirte, Gustav Schiller-Crummels, ernannt worden und zum kassierenden Wahlvorsteher von Nieder-Schiffel- keisen der Kandidat der Zentrumspartei, Gustav Schiller. In der Wahl-ermächtigung, die bei der Wahlversammlung des Wählers des Ortes? Daß die konservativen Partei den amt- lichen Apparat in Anspruch nimmt, wird Reis gelungen. Hier im Ewensberger Kreis werden die flüchtigsten zweis- teilung am Orte an die Gemeindevorsteher gelangt, welche sie dann meistens aus wirtlich durch den Gemeindevorsteher verteilten lassen.“

Das ist die Anparteilichkeit der nachgeordneten Behörden.

Wahlumtum in Dresden.

Dresden, 10. Jan. Im Stadteil Friedrichstadt in Dresden ist es gestern abend zu ersten Wahltrauen ge- kommen. Schon während der Wahlversammlung der nation- alliberalen Partei, in der der Kandidat und bisherige Abgeordnete Dr. Heinz sprach, gab es in dem meist von So- zialdemokraten besetzten Saal erregte Zusammenkünfte. Die Lage änderte sich erst, als der sozialdemokratische Kandidat Dr. Granauer das Wort ergriff, um in zweitündiger Rede auf die Feindschaften zwischen den Parteien. Das Schlus- wort Dr. Heines wurde von der aufgeregten Menge niedergebüllt. Mit Hochrufen auf die Sozialdemo- kratie und dem Gelächern sozialdemokratischer Mitglieder verließ die Menge schließlich das Lokal. Auf der Straße hatte sich unterdessen eine nach vielen Tausenden zählende Menge angesammelt, die lärmend und johlend auf das Herkommen von Dr. Heine wartete. Dem vorhandenen Polizeiaufgebot gelang es mit Mühe, wenigstens den Straßenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Als Dr. Heine erschien, wurden die meisten Besichtigungen und Be- zugsnahmen laut. Die Situation gestaltete sich schließlich so lebhaft, daß Dr. Heine, um den tätlichen An- griffen der Menge zu entgehen, von zehn Schutzkuten in Begleitung der Sicherheitspolizei nach Dresden fuhr. Erst in den frühen Morgenstunden konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Sozialdemokratische Sprenkolonnen.

Bremen, 10. Jan. Zu großen Kundensamen kam es gestern in einer liberalen Versammlung in Bremer- haven. Dagegen die Versammlung erst um 9^{1/2} Uhr ein- berufen worden war, drängten sich schon seit 6 Uhr enorme Massen sozialdemokratischer Wähler, darunter viele Frauen, vor dem Versammlungsort. Als gegen 8^{1/2} Uhr die Ein- gänge geöffnet wurden, gab es ein wildes Drängen über Tische und Stühle, Bilder und Spiegel wurden zertrüm- mert, so daß der Wert erheblichen Schaden erlitt. Im Saale und auf den Galerien drängten sich über 3000 Personen. Um 8^{1/2} Uhr begann der liberale Kandidat Sorman in seine Rede. Er wurde durch wütendes Lärm, Pfei- und Schmähe fortwährend unterbrochen, so daß er nach knapp einer Stunde seine Ausführungen unter großem Lärm schließen mußte. Nachdem noch drei sozialdemokratische Redner gesprochen hatten, sprach noch der sozialdemokratische Stadtvordemter Dreßler gegen Sorman. Letzterer wollte das Schlusswort ergreifen, doch wurde er von sozialdemokratischen Wählern mit Schlägen und Kausal- rufen behindert. Dreßler hat schließlich die Genossen, das Schlusswort Sorman angeschrien. Er wurde aber von seinen eigenen Parteigenossen ausgelacht, und diese verließen unter Abhängen der Parteifläche das Lokal. Draußen wurden sie von ihren Partnern angehalten, und die sozial- demokratischen Massen strömten wieder in das Lokal zurück. Hier trat ihnen der überwachende Polizei- kommissar entgegen und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Nur unter mehrfachen Anempfehlungen gingen die Wählermassen schließlich auseinander. („Berl. Tglb.“)

Halle und Umgebung.

Salle a. S. 11. Januar.

Schnee und Kälte.

Erst Schnee, dann Kälte! So zeigt 1812 in reicher Weise, daß es noch Winter gibt, an den die Menschheit, verbendend durch schne November, und Dezember, kaum mehr glauben wollte. Der große Schneefall der letzten Woche, der im Ru eine Winter- landschaft von herrlicher Pracht herstellte und die langvermühten Winterreuden: Nebel, Eddlttschlaufen, Gländer“ um er- läuben ließ, hat seit gestern Kälte im Gefolge, wie sie schon seit langem in unserer Gegend nicht verspürt war.

Nebel senfte sich

Mittwoch nachmittags nieder. Dicker, feuch- ter, von kleinen Schneefällchen durchsetzt Nebel. Er überzog Baum und Strauch, Hügel, Denkmäler, Wägen und Pferde, selbst die Gassen mit Kaufleuten, und brachte Kälte aus. Bald zeigten

rotgefrorene Trauen- und Ohrenspitzen den Thermometerstand merkbar an. Von über 0 sank das Quecksilber rapid zum Eis- punkt und immer tiefer: 1, 2, 3, 4 und 5 Grad Minus. Die Wetterermeldungen sind aus dem ganzen Reich günstig. Ueber- all ist Winterport möglich. Kamentlich auch im Gange sind die Bob- und Bobelbahnen in vorzüglichster Beschaffen- heit. So geschieht bei allunterer Gerechtigkeit auch jenen endlich zu Willen, die sich danach sehnien, gesunden Sport in freier, klarer Winterluft auszuüben.

Gecken der hungersnden Vögel

und spendet ihnen Futter; denn sie kommen um, wenn sie bei Witzelstee auch nur einen Tag ohne Nahrung bleiben!

An die Reichstagswähler!

Nach den früheren Reichstagswahlen haben zahlreiche Strafverfolgungen wegen Wahlsüchigkeit in großen Personen durchgeführt werden müssen, die unter falschem Namen oder mehrfach in verschiedenen Wahlbezirken gewählt hatten. Die Wahlvorsteher sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifel über ihre Identität eine Legitimation zu verlangen und erscheinende Wähler, die neu zugezogen sind oder von denen sonst anzunehmen ist, daß sie auch anderwärts in die Wählerliste eingetragen sind, in geeigneter Weise dar- auf aufmerksam zu machen, daß jedermann nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl je nur ein- mal wählen darf.

Jede Zuwiderhandlung ist zur Bestrafung anzuzeigen.

Wintereport-Sonderzüge von Halle und Leipzig nach dem Harz.

Zur Erleichterung des Verkehrs der im Harz stattfindenden Wintereporttage sind folgende Sonderzüge zu ermäßigten Fahrpreisen abgefahren:

- a) Zum großen Wintereport in Braunlage am 27. bis 29. Januar 1912: Von Halle nach Braunlage über Nordhausen—Walletried am Sonnabend, den 27. Jan., Rückfahrt am Sonntag, den 28. Januar.
- b) Zum 2. Wintereport in Schierke am 17. u. 18. Februar und zu dem großen Wintere- port in Braunlage am 17. bis 19. Februar 1912: Von Leipzig (Berliner Bahnhof) nach Schierke über Bernigere- rode und nach Braunlage über Blankenburg und Bernigere- rode am Sonnabend, den 17. Februar, Rückfahrt am Sonntag, den 18. Februar.
- c) Zum 3. Wintereport in Braunlage am 27. Jan. (Von Leipzig nach schneplannmäßigen Zügen und zu den gewöhn- lichen Preisen, letztes Leipzig-Berliner Bahnhof ab 2.30 nachmittags, Halle am 3.27. Halle ab 3.34 nachm., Ober- döblingen am 3.58—3.59, Eisenble 4.12—4.13, Sanger- hausen 4.38—4.39, Nordhausen 5.15—5.20, Walletried am 5.45. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Walletried ab 5.50, Braunlage am 7.09.

- Rückfahrt am 28. Januar: Braunlage ab 8.09, Walletried ab 9.28. Umsteigen auf den Zug der Staatsbahn, Walletried ab 9.40, Nordhausen 10.18—10.20, Sangerhausen 10.50—10.57, Eisenble am 11.21, Oberdöblingen am See am 11.31, Halle am 11.58. (Rückfahrt nach Leipzig ab Halle zum gewöhnlichen Fahrpreise mit Zug 489, 12.10, Leipzig an 12.22.)
- Zu b. Rückfahrt am 17. Februar: Leipzig-Berliner (Berliner Bahnhof) ab 5.05 nachm., Halle 5.50—6.05, Albersleben 7.05—7.06, Halberstadt am 7.40; weiter 1. Halberstadt ab 8.12, Merneerde am 8.45. Umsteigen auf den Zug der Nordhausen—Merneerde Eisen- bahn, Merneerde ab 9.00, Schierke am 10.08, Elend am 10.00, Gorge am 10.20. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Gorge ab 10.30, Braunlage am 10.58 nachm. oder
- 2. Halberstadt ab 8.10, Blankenburg (Harz) ab 8.40, Müseland ab 9.35, Tanne am 10.10. Umsteigen auf den Zug der Südbahnhof, Tanne ab 10.17, Braunlage am 10.58 nachm. Rückfahrt am 18. Februar: 1. Braunlage ab 4.37 nachm., Gorge 5.08—5.20, Elend ab 5.43, Schierke ab 5.53, Merneerde am 7.00. Umsteigen auf den Zug der Staats- bahn, Merneerde ab 7.50, Halberstadt an 8.24 oder
- 2. Braunlage ab 4.37, Tanne am 5.20. Umsteigen auf den Zug der Staatsbahn, Tanne ab 6.29, Müseland ab 6.29, Blankenburg (Harz) 7.21—7.22, Halberstadt an 8.08, dann weiter Halberstadt ab 8.35, Albersleben 9.11—9.12, Halle an 10.15—10.18, Leipzig an 10.56.

In Fahrkarten für Hin- und Rückfahrt werden ausgedrückt: Zum 27. Januar von Halle, Eisenble und Oberdöblingen am See nach Braunlage über Nordhausen—Walletried; zum 17. Februar von Leipzig, Halle und Albersleben nach Bernigere- rode, nach Elend, Schierke und Braunlage über Weznigerode, nach Blankenburg (Harz), nach Elbingerde und nach Braunlage über Blankenburg.

Die Züge von Halle und Leipzig führen nur die dritte Wagenklasse.

Fahrpreise.

Zum 27. Januar. Von Eisenble nach Braunlage über Nordhausen—Walletried 4.80 Mk.; von Oberdöblingen am See nach Braunlage über Nordhausen—Walletried 5.20 Mk.; von Halle nach Braunlage über Nordhausen—Walletried 6.20 Mk.

Zum 17. Februar. Von Halle nach Braunlage über Merneerde 6.45 Mk.; von Halle nach Braunlage über Merneerde 6.85 Mk.; von Halle nach Elend über Merneerde 5.30 Mk.; von Halle nach Bernigere- rode über Halberstadt 4.10 Mk.; von Halle nach Blankenburg über Halberstadt 4 Mk.; von Halle nach Elbingerde über Halberstadt 5.10 Mk.

Von Eisenble nach Oberdöblingen am See und nach Braunlage über Nordhausen—Walletried 4.80 Mk. bis 4.85 Mk. bis 4.90 Mk. bis 4.95 Mk.

Nur wenn infolge unglücklicher Eismeerhöftnisse im Harz ein Sonderzug ausfällt, wird das Fahrgeleit für die bereits gelieferten Karten an den Fahrkartenhalter zurückgeführt. Ob ein Sonderzug bestimmt abgefahren wird oder nicht, ist vom Freitagabend 6 Uhr ab bei den genannten Fahrkarten- ausgabenstellen zu erfahren.

Nutzen der Glätte. Gestern abend gegen 5 Uhr führte in der Großen Steinstraße vor dem Hause „Hll. Bankverein“ das Werk eines mit Holz beladenen Wagens. Soll nach schuldigen Bemühungen war es möglich, das Holz erbüte hier wieder auf die Weine zu bringen. Da sich der Verkehr auf den Schienen der elektrischen Straßenbahn abspalte, war der Verkehr während dieser Zeit unterbrochen.

Der Schreiberverein Halle-O. B., hielt am 6. d. M. im Offiziers-Gesellschaftsaal eine sehr gut besuchte Mitgliederem- sammlung ab. Nachdem der Vorsitzende über die Tätigkeit des Vereines seit der letzten Mitgliederemammlung berichtet, machte er die Mitteilung, daß nach einer bestimmten Erklärung des Vereines sämtliche Ämtern zu den einzelnen Gattungen in der nächsten Woche angeteilt würden. Der Vorstand wurde ermäch- tigt, wegen der Gründung eines Kreisverbandes anzufragen, um es auf dem Wege des Grundes hierzu bereits vorgesehene Schritte zu tun. Die Gründung wurde bereits vorgesehene Schritte in Erwägung gezogen, ein Halbjahr herüber aber noch nicht gefast. Beschlüsse wurde dann die Einführung eines Vereins- liches. Die Verlesung erfolgte sich für die Zeitfrist „Unter Gärten“. Der Vorsitzende eries auf das notwendige Zusammen- arbeiten des Schreibervereines Halle-O. B. mit dem Kommu- nalen Verein Halle-O. B. hin, da beide Vereine gleiche Ziele verfolgten, beide im Interesse des gesamten Dreibrück vom Bode und Welden der Bewohner dieses Stadtteils tätig sind; die Mitglieder wurden gebeten, von der Einladung des kommunalen Vereines Halle-O. B. zu der am 22. d. M. im Offiziers-Gesellschaftsaal statt- findenden Generalversammlung, sowie zum Stitzungsgange in der anschließenden Beleg Gebrauch zu machen.

Zur Wahlbewegung im Saalkreis.

Stenale Versammlung in Weßlin. Die fortwährende Volkspartei Halle hielt am Dienstag abend in Weßlin eine Wahlversammlung ab. Der zum Leiter bestimmte Gerichtsschreiber a. D. Herr Tretrop aus Halle erwähnte um 8^{1/2} Uhr die auf besetzte Versammlung, begrüßte die Anwesenden, dankte für ihr Erscheinen und deutete darauf hin, daß am nächsten Freitag das deutsche Volk auf dreierlei Wegen — einem rechten, einem linken und einem mittleren — zur Wahlurne gehen könne, um für die nächsten 5 Jahre mit- zubestimmen ob die Politik, die bisher von dem schwarzblauen Bloß getrieben ist, weiter bestimmt sein solle, und gab so- dann dem Referenten Herrn Rechtsanwalt Dr. Schreiber das Wort zu seinen Ausführungen.

In nachder Rede handelte der Referent zunächst die Tätigkeits der verschiedenen Parteien, gab besonders hervor, welche liberalen Gesetze der zu viel gekämpfte Wilam-Blöß ausgeübt, im Gegenlicht zu dem nach Zertrümmerung dieses Blößes durch die schmarzblauen Mehrheit geklaffenden Finanz- reiches, das den um seine Erlöszen ringenden Mittelstand in Handel und Gewerbe sowie die Arbeiterschaft und das Be- antentum schwer befaße. Ganz besonders wurde vom Re- ferenten die Sonderfrage ins Licht gestellt und darauf hingewiesen, daß nur durch einmütigen Zusammenstoßen der Submissivenswelken, ferner durch durchgreifende Regelung der Gehaltsarbeit und Weiterbildung und Ausbau des Be- zugsvernehmens. Die Jugend sei während der Schulzeit genötigt in Religion unterrichtet worden; nach der Schulentlassung gelte es, sie fürs Leben, für den Kampf ums Dasein vorzu- bereiten, aber die lehrerstreitige Vorlage der schmarzblauen Blöß durch Begegnung mit Religionsunterricht zu Fall ge- bracht. Für Saar und Marburg trete die Fortschrittliche Partei ein, nur wolle sie eine gerechte Verteilung der Güter, die aber nicht von den herrschenden Parteien auf die schwachen und künftigen Schichten abwärts werden werden. Die Partei sei noch auf seinen jenseitigen Friedenstäter, um den Deutsch- land von der ganzen Welt beneidet werde; mit Enttäufung wolle sie die Antinationen der konservativen Presse, namentlich der „Halle'schen Zeitung“, jurid. Cobam hielt der Re- ferent Abrechnung mit der Sozialdemokratie, zersplitterte deren Programm, insbesondere die Utopien vom Zukunftsstaate, schärferte ihre Antikonsequenz bei fast allen Gelegenheiten und verurteilte den von dieser Partei gestifteten Terror.

Der Vortrag des Referenten wurde mit langanhaltendem lebhaften Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurden die Anwesenden nochmals zur pünktlichen Ausübung ihres Wahl- rechtes ermahnt. Der Vorsitzende schloß absdenn mit einem Kaiserhede die Versammlung.

Provinzialnachrichten.

Unfall beim Schlittensahren.

Weißfels, 10. Januar. Am Krankenhaushof in der kleinen Heilstraße verunglückte hier gestern zahlreiche Kinder mit Schlittensahren. Daß das an sich sehr gesunde Vergnügen in Verkehrsfragen sehr gefährlich werden kann, lehrt nicht ein Unfall, der sich dabei ereignete. Das Fährige Mädchen der Frau Fricke aus Weißfels, 16. Jahr mit ihrem Schlittchen in ein künftelndes Fahrzeug. Die Pferde wurden losen und töteten dabei dem unglücklichen Kinde das rechte Bein entwei. Das Kind erlitt einen schweren Beinbruch und erhebliche Verletzungen. Ein vorübergehender Mann brachte es ins Krankenhaus. Der Unfall mocht die Jugend, sich dem Vergnügen des Schlittensahrens nur in unbesetzten Straßen oder außerhalb der Stadt hinzugehen. (W. Tglb.)

Rodelunfälle.

Gotha, 10. Jan. Die Winterferien ist kaum eingeleitet, da forder auch schon der an sich gesunde, aber bisweilen doch recht ge- fährliche Rodelsport seine Opfer. Die abschüssigen Straßen unserer Stadt befehlen bis bald nach dem ersten Schnee. Zug und alt rodelte — ohne bisweilen genigende Obacht auf Ball- asten und Fußwerke zu machen. Hieraus sind die dreifache Re- obelunfälle zurückzuführen, die sich auf der Sonneborn- trache ereigneten. Ein Mann, der das Kommando „Rohler!“ der Rohrer auf einem Hodelgeln in der Eisenackstraße nicht verfolgte, wurde über den Haufen geschoben und erheblich verletzt. Ein anderer großer Hodelgeln mit ledig Mann Belandung weckte bei der Rodelschleife einem Schumann ausweichen und fuhr in schneller Fahrt gegen den Bordstein und einen Baum. Zwei Jahre trugen Verletzungen an beiden Hüften und Knien davon. Der eine hat ein Bein gebrochen, der andere hatte durch einen Stoh gegen die Brust die Schenkel verloren. Am Nach- mittag führte eine an der Goldbacherstraße wohnhafte junge Frau vom Schlitten auf der Rodelbahn an „Diebstahl“. Diese Un- glücke haben zur Folge gehabt, daß das Rodeln auf öffentlichen Straßen langsam gebadet wird. Es werden Ermahnungen gesendet, eine öffentliche Rodelbahn in der Umgebung der Stadt anzulegen.

Leuzerungulage.

Weimar, 9. Jan. Die Staatsregierung beschloßt, dem dem- nächst zu parlamentierenden Landtag in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise eine Vorlage über die Gewährung einer außerordentlichen Leuzerungulage an die Feinmehl- und Getreide- Staatsverwaltung zu unterbreiten.

Wetterbericht.

Schneeig, 10. Jan. Neuhöner, 33 Zentimeter; Schneehöhe: 40 Zentimeter; Eisböden: gut; Nebelbahn: gut; Schichtenbahn: sehr gut; Nebelhöhe: gut; Temperatur: -3 Grad. Winterseht vom 20. bis 22. Januar.

Erkt, 9. Jan. (Das Ende des Wasser mangels.)
Die ständige Wasserleitung wird von nun an wieder ununterbrochen geöffnet sein. Die Ursache dieses neuartigen Ereignisses ist das fetige Steigen des Grundwassers, das den schon vor Wochen gesunkenen Niederfläßen zu danken ist.

Erkt, 10. Jan. (Ein Schläger)
Tögl. zufolge der Operateur Karl G., der in einem Erlanger Kino-Theater als Geiseltäter fungierte. Um sich seinem Chef gegenüber als einen rationell arbeitenden Mann hinzustellen, machte er sich auf eigenartige Weise der Unterbringung schuldig. Er band das Zählerwerk eines Lichtstrahlzählers fest, so daß dieser nicht anzeigen konnte. Dadurch wurde ein Stromplum im Betrage von 136 Mk. erzielt, die dem Kino-Inhaber zugute kamen. Da dieser den Schaden bedauerte, ließ das Schöffengericht Mißstände und verurteilte den „Schläger“ nur zu 30 Mark Geldstrafe.

Schickungen, 9. Jan. (Gutsverkauf.)
Das hiesige Schöffengericht hat für 475 000 Mark an Herrn Mendelssohn aus Rötten verkauft und wird sich bezüglich der Kaufsumme des letzteren beschuldigen. 300 Morgen sollen aufgeteilt werden, das übrige wird verkauft werden.

Eintrag, 9. Jan. (Erhöhung der Steuer sätze.)
In der gestern nachmittag abgehaltenen Stadtratsordnungsung wurde bei der Beratung des Hauptetats mitgeteilt, daß infolge der Erhöhung der Provinzialumlagen sich die Kreissteuer um 4 Proz. von 19 auf 23 Proz. erhöht. Die Steuererhöhung, die an sich den städtischen Steuerbedarf nicht beeinflusst, bringt es mit sich, daß sämtliche Steuerhöhen vom 1. April 1912 an um 4 Proz. höher zur Erhebung kommen. Es sind demnach an Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer je 198 Proz. und an Gemeindefinanzsteuer 148 Proz. zu entrichten.

Men, 8. Jan. (Zu dem gemeldeten Bronzdiebstahl)
auf der Straße Alsen-Weißer macht der Erste Staatsanwalt zu Magdeburg bekannt, daß nach den Feststellungen und Drastiken an den Spuren zu schließen, die Täter Seltsames benutzt haben, mit denen sie von einer Straße zur anderen auf dem Erdboden entlang gegangen sind. Der Diebstahl muß daher wie aus dem Durchsehen vor den Postkassentüren hervorgeht, von unten ausgeführt sein, die mit Arbeiter an Drahtleitungen, vielfach auch mit solchen von Ueberlandzentralen, besetzt wiesen. Auf die Ermittlung des Täters hat die Oberpostdirektion zu Magdeburg eine Befolgung von 1000 Mark gesetzt.

Nieder, 9. Jan. (Die Tagelöhner der Deserteure.)
Im Kirchsaal am Schierberg wurde gestern der Kürassier Hans Schmidt von der Queblinburger Schwadron der 7. Kürassier abgefunden und selbigen. Schmidt, der von Walter Walter und aus Mörsleben gebürtig ist, auch als Malergehilfe in Ballenstedt gearbeitet hat, war vor einigen Tagen von seinem Truppendeile emittiert und hätte sich erst in einer Feldküche, stellte im Kirchsaal verborgen gehalten. Nach seiner Festnahme flüchte sich immer, daß dem Schmidt beide Schüsse erstoren waren. Er wurde nach Queblinburg überführt.

Rechtsrat, 8. Jan. (Zu dem Steuerhinterziehungsvergehen)
In der Strafsache gegen den Rechtsanwält a. 2. Ostar Karl Reuß in Magdeburg, wegen Einkommensteuerhinterziehung ist das Urteil der 2. Strafkammer, das dem 35500 Mark Geldstrafe lautete, rechtskräftig geworden. Obwohl der Beklagte wegen der Staatsanwaltschaft die eingelegte Revision zurückgegeben.

Bad Niesenstein, 8. Jan. (Über die Gründe des finanziellen Zusammenbruchs des Stadt-Restaurants Niesenstein)
gibt der Richter Emil Polzin eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wenn Bad Niesenstein im vorigen Jahre nicht so viel gebracht hätte, wo ich erhofft habe, so lag dies nicht an mir und meinem Verschulden, sondern an der großen Hitze, die das Publikum an die See trieb und nicht nach dem als sonntags bekannten Thüringen; an dem Versteck von 1910... an den Betrügerinnen des Buchhalters A., der rund 2000 Mark zum Nachteil der Direktionen schuldhaft erwidert hat, an Rücksichten der anderen Hälfte des Kurverweinsbeitrags mit 2500 Mark und mehr, wofür ich Klage gegen den Kurverein habe einreichen müssen, an fehlerhaften Eingen und Kreditabrechnungen. Ich habe gegen die Gründung des Kurvereins, so ferns Protest erhoben, den ich in meiner Abwesenheit vor genommen ist und ich nicht zahlungswillig; ich wollte wieder 200 000 Mark Geld für Bad Niesenstein lassen, die nun durch diesen Gemacht nicht gegeben werden.

Theater und Musik.

Das anstößige Bett im „Hesentavaler“.
Aus München wird uns berichtet: Gelfera wurde zu Ehren der Anwesenheit der Erzherzogin Isabella, der Braut des Prinzen Georg von Bayern, sowie der Eltern der Braut als Festvorstellung „Der Hesentavaler“ aufgeführt — aber — demlich gereinigt. — Diese fand im Anfang des ersten Aktes das Bett der Mariastallin auf der Bühne, aber vollkommen unbetüchelt und leer. Die Mariastallin war nicht darin. Daher sollte die liebesbedürftige Mariastallin mit dem festen Wagen nicht vom Bett aus, sondern sich höchst stillam mit ihm auf einem breiten Sofa. Und der Hesentavaler war weder fest noch verwegene, sondern benahm sich exemplarisch fugendhaft, wie es sich in Gegenwart einer so hohen Braut geziemt.

Bühnenchronik.
Man schreibt uns aus Dessau: Im hiesigen Hoftheater findet am 12. Januar die Aufführung des viertakigen Dramas „Die Poscar“ von Otto Hebel statt. Der Verfasser, ein Berliner Arzt, wird der Premiere beiwohnen. Das noch im Manuskript befindliche Werk ist vom Berliner Theaterverlag, G. m. b. H., erworben worden.

Lehars „Cea“ — Hauptgeschäft.
Lehars jüngstes Werk, die dreitägige Operette „Cea“, die ebenfalls im Berliner Neuen Operettentheater unter lebhaftem Beifall gegeben wird soll in verschiedenen Städten Aufhanges, die eine große Arbeiterbevölkerung haben, u. a. in Kob., verboten sein. Die betreffenden Polizeibehörden sollen in der Arbeiterschaft, in der die Arbeiter der Fabrik in der Wohnung des Fabrikanten wohnen, um ihre Tochter Cea von diesem zurückzuführen, ein zu Weses Befehl sein.

Zwölf Straßenzüge wurden soeben von der Pflanzmonischen Gesellschaft in New York mit einer Gage von 100 000 Mark pro Saison bis zum Jahre 1915 zur Leitung der dortigen Pflanzmonischen Konzerte verpflichtet.

Gerichtsverhandlungen.

Ein Kandidat der Medizin wegen Verbrechen nach § 218 verurteilt.

Sonn, 9. Jan. Die Strafkammer beurteilte den Kandidaten der Medizin Felix Wemhoff aus Leoben wegen Verbrechen nach § 218 des Strafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefängnis.

Flauen, 8. Jan. (Der Schußerzunge als Staatsanwält)
Der schärfste Staatsanwält aus Flauen, dessen Gaunertrieb im November v. J. in dem Städtchen Paula im Vogtland Aufsehen erregte, hatte sich am Donnerstag vor dem 16jährigen (!) ehemaligen Stubenadlerlehrling Hans Kauf Hermann aus Chemnitz, der es verstanden hatte, einen jungen Kaufler Buchhalter zur Herausgabe von 50 Mark zu veranlassen, indem er sich für einen Staatsanwalt ausgab und mit Verwahrungen drohte, weil sich der Buchhalter an einem jungen Mädchen vergangen haben sollte. Hermann war selbst mit dem 16jährigen, überberichtigten Mädchen bekannt geworden und hatte von ihr alles Nähere über ihr Verhältnis zum Buchhalter erfahren. Als er mit Hilfe eines gefälligen Schines von dem Buchhalter weitere Communen verlangen wollte, wurde er entlarvt und jetzt vom Landgericht Flauen wegen schwerer Urkundenfälschung, Erpressung und Diebstahls — er hatte mehrere Weister in Harthau beschlagnahmt — zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein fideles Festungsgefängnis.

u. H. Magdeburg, 8. Januar.

Interessante Streiflichter auf das Leben auf der Festung Magdeburg war eine in der Berufungseinleitung vor der hiesigen 2. Strafkammer durchgeführte Verhandlung. Angeklagt war der frühere Rechtsanwält, jetzige Redakteur an der „Königs. Hartungischen Ztg.“ Hans v. Zwehl. Er verübte im Jahre 1910 eine sechsmonatliche Festungshaftstrafe auf der Festung Magdeburg. Die Anklage gegen ihn lautete dahin, in drei Fällen Posten, die die Festungstufengefangenen zu bewachen hatten, beleidigt zu haben. Auf Antrag des Kommandanten Eggeling v. Wollat wurde dem Verurteilten eingeleitet, der Angeklagte vom Schöffengericht aber freigesprochen. Der Vertreter der Anklage hatte gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt. — Die Festungstufengefangenen sind in einem alten Gebäude der Zitadelle, die nur einen offenen Zugang hat, untergebracht. Das Gebäude ist mit einer hohen Bretterplanke umgeben. Hinter dieser Planke sowie am Ausgang stand ein Posten vor Gewehr. In einer Nacht machte der Angeklagte in seinem Zimmer nach 11 Uhr noch Licht, was verboten ist, angeblich um Arzenei zu nehmen. Dem Posten, der ihm zurief: „Licht aus!“ erwiderte er: „Ach, halt die Lampe“. Der Vorfall wurde vom Posten gemeldet. In einem zweiten Fall soll der Angeklagte zwei andere Posten beleidigt haben. Der hochgehobte Urlaub war ihm abgelehnt worden. Im nun nicht ein Rekruten aus zu verlämpfen, benötigte er einen alten Urlaubsgeld, auf dem aber der Vermerk stand: „Urlaub abgelehnt“. Diese beiden Worte verdeckte er beim Passieren der Posten mit den Händen und gelangte auch unbehelligt in die Stadt. Das Prüfen der Unterschrift des Kommandanten durch die Posten hatte ihm aber zu lange gedauert, weshalb er sich auch hier zu einigen beleidigenden Auswechslungen hinreißen ließ. Später wurde die Abwesenheit des Angeklagten bemerkt. Der Angeklagte war von dem Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden. Für ihn ersetzte Rechtsanwalt Dr. Forster (Kend.), der zu gleichem Zeit wie der Angeklagte eine dreimonatliche Strafhaftstrafe verübte. Aus der Vernehmung ergab sich, daß zwischen den Festungstufengefangenen, den Ordonnanz und den Posten ein „rauber aber herzlich“ Ton herrschte, und das niemand etwas übel nahm, auch wenn harte Worte fielen, die im bürgerlichen Leben nicht üblich sind. Auch die Posten erklärten, sie hätten sich nicht beleidigt gefühlt, da sie den „Festungston“ getraut hätten, frei seien als Posten zur Meldung jedes Verkommnisses verpflichtet gewesen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 110 Mark. Der Angeklagte habe sich als Jurist und gebildeter Mensch lagen müßen, daß seine Worte beleidigend seien. Der Verteidiger H. A. Dr. Forster betonte, daß kein Angeklagter das Bewußtsein des ehrenrührigen Charakters seiner Äußerungen gehabt habe. Sollte das vorliegende Material nach dieser Richtung nicht hinreichen, so sei er selber — er habe bisher die Erörterung solcher Dinge in der Öffentlichkeit vermieden — gemungen, durch Stellung neuer Beweisanträge das Verhältnis der Festungstufengefangenen zu den Posten zu beleuchten. Die Posten hätten fast alle mit den Gefangenen auf vertrautem Fuße gestanden, sie hätten sich an deren Ton gewöhnt und derbe Scherze nicht übel genommen. Sie hätten den Gefangenen Gefälligkeiten erwiesen und dafür Bier, Wein und Zigaretten erhalten. Es sei sogar vorgekommen, daß die Posten bei den nächtlichen Exzursionen der Gefangenen, die oft über die Mauer nach der Stadt unternehmen wurden, ein Auge zugedrückt hätten. Dr. Forster beantragte hierfür eine Reihe von Zeugen. Bei einem vorzuziehenden Milieu könne nicht die Rede davon sein, daß der Angeklagte das Bewußtsein der Beleidigung hatte. Der Gerichtshof lehnte aber die Beweisanträge sämtlich ab, erkannte den Angeklagten der Beleidigung in drei Fällen für schuldig und verurteilte ihn zu 90 Mark Geldstrafe. — Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt werden. — Wenn die geschätzten Verhältnisse auf alle heutigen Festungen, die Stufengefangenen aufnehmen, zutreffen, braucht man sich über die Flucht des Hauptmanns Lux nicht mehr zu wundern.

Ein Felsblock als Erdglobus.
In Smarago in der englischen Grafschaft Dorset befindet sich ein Steinmonument, das, wenn es an Größe und massiger Wucht auch mit den ägyptischen Pyramiden nicht in Wettbewerb treten kann, immerhin doch gut und gern mit Rüstigkeit auf seine tonfarneigle Eigenart als Westminster angepöbelten werden darf. Es handelt sich um einen aus einem Riesenglobus gestalteten Felsblock von 3 Metern Durchmesser und 41 Zentner Gewicht, auf dessen Oberseite die Erdteile und Meere, erstere in reliefartige Erhöhungen, dargelegt, und weiterhin Meridiane, die Nord- und Breitkreislänge eingemeißelt sind. Die Höhe des Globus ist herab gemessen, daß sie unter Berücksichtigung der Kippung der Erdoberfläche entspricht. Leider hat man die Sache aber gerade verkehrt gemacht. Wenn die Höhe des Steinglobus wirklich mit der Erdoberfläche zusammenfielen, würde der Beschauer in der Tat einen exakten Begriff von dem Stande bekommen, den die Sonne zu einer bestimmten Tageszeit in den verschiedenen Ländern der Erde einnimmt. Der Steinglobus wurde zu dem Zwecke errichtet, um die Kenntnis der Astronomie zu popularisieren. Aus diesen Gründen hat man auch auf dem in der Höhe befindlichen Felsblock allerlei wissenschaftliche, auf die Astronomie und Geographie bezügliche Angaben und Daten verzeichnet.

Letzte Nachrichten.
Das Urteil im Prozeß „Scott“.
h. Berlin, 10. Jan. Nach 1½wöchentlicher Verhandlung verurteilte heute die 11. Strafkammer des Landgerichts Berlin I die Leiterin des Psychologischen Verlags, G. m. b. H., Frau Viola Grott, wegen vierfachen Betruges zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis. Davon wurden 10 Monate auf die einjährige Untersuchungsfrist gerechnet. Der Staatsanwalt hat 3 Jahre Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe beantragt.

Sensationelle Wendung in der Affäre Galliant.
h. Berlin, 10. Jan. Eine interessante Wendung ist in der Affäre des seit gestern verstorbenen Rechtsanwaltes Dr. Galliant eingetreten. Wie jetzt feststeht, hat Galliant nicht seinen Tod im Grunewald gefunden, sondern ist nach großen Untersuchungen schließlich in Gmunden. Das Schneebad war nur fingiert, um seine Flucht zu verdecken. Allein die Gestalt Garmes Jeksch, die seine Mandantin war, wurde um 50 000 Mk. geschätzt. Wie verlautet, ist man auf der Spur des Betrügers. Es soll eine Postkarte hier eingelaufen sein, die Galliant in Breslau ausgegeben hat. Die Kriminalpolizei hat sich der Angelegenheit angenommen.

Delcassé Minister des Außen. —

Joirecare lehnt ab.
S Paris, 10. Jan. (Privattelegramm.) Kabinett Caillaux hatte heute vormittag mit dem Präsidenten der Republik und Poincaré längere Besprechungen. Delcassé hatte letzteren als am meisten qualifiziert bezeichnet, das Portefeuille des Ministers des Außen zu übernehmen. Dieser aber lehnte ab, versicherte aber dem Kabinettchef seiner vollsten Unterstützung. Caillaux drang darauf in Delcassé ein, das Portefeuille des Außen zu übernehmen, in dem er der Ansicht Ausdruck gab, daß das von ihm im Ministerium begonnene Werk im großen und ganzen beendet sei. Delcassé ließ sich zur Annahme bewegen, stellte jedoch bei der Übernahme des Ministeriums des Außen die Bedingung, daß das Ministerium in seinem Sinne fortgesetzt werde.

Die Haltung der Regierung.

S Paris, 10. Jan. (Privattelegramm.) Im heutigen Ministerrat wurde auch die Haltung der Regierung vor der Kammer verhandelt, wenn dort die Demission de Selves zur Sprache kommen wird.

Witterungs-Aussichten.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.
Dienststelle Z in en a u. Mittwoch, 10. Jan., 8 Uhr morg. Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa. Es besteht wieder über Mitteleuropa Verbindung des atlantischen warmen mit dem asiatischen kalten Hoch. Ein Ausläufer dieses Hochs erstreckt sich nordwärts. Das westliche Tief wird danach nicht weiter östlich vordringen. Bei der gegenwärtig bestehenden Tendenz zu Wolken- und Nebelbildung, sowie zu Niederschlägen bleibt das Wetter im Gesamtcharakter feucht.

Witterungsaussicht für den 11. Januar:

Schwacher Wind, kühllich trübe und neblig, kein oder geringer Schneefall, kälter.

Wetterwarte zu Hamburg.

(Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes.) (Nachdruck verboten.)

- 12. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.
- 13. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.
- 14. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.
- 15. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.
- 16. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.
- 17. Januar: Beobd. trüb, kälter windig.

Vermischtes.

Was ein Erdbeben kostet.

Rom, 10. Jan. Einer amtlichen Aufzählung zufolge hat die italienische Regierung im Zusammenhang mit dem Erdbeben in Sizilien und Calabrien eine Summe von 200 Mill. Lire verausgabt. Außerdem wurden für 300 Millionen Lire Arbeiten vorgenommen. Die Gemeinde- und Provinzialbehörden sowie Privatunternehmungen haben ebenfalls für 200 Millionen Lire Arbeiten vornehmen lassen, so daß der durch das Erdbeben angerichtete Gesamtschaden sich auf eine Milliarde beläuft.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzer, Frankfurt; Vermischtes usw.: Martin Neuhöfner; für den literarischen Teil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

